



Ihre Stimme zählt!

Vom 23. bis 25. September wirbt die IG Metall für den Urnengang am 27. ▶Seite 2



Übernahme gesichert

Ob bei Schaeffler oder Thyssen-Krupp: IG Metall-Jugend sichert Zukunft. ▶Seite 3



„Arena der Wähler“

45 000 IG Metall-Mitglieder fordern „Macht Politik für die Mehrheit!“ ▶Seite 4



Auf ohne Schwung

Die Wirtschaft wächst zwar, aber die Krise ist noch nicht vorbei. ▶Seite 6



Wofür wir spenden

Über 450 000 Euro hat die IG Metall gespendet – wohin das Geld fließt. ▶Seite 8



▶ Wir gehen wählen!

Rund 45 000 IG Metall-Mitglieder haben sich am 5. September im Frankfurter Fußballstadion darauf verständigt, wählen zu gehen und für eine hohe Wahlbeteiligung zu sorgen. In der „Arena der Wähler“ appellierten die Vorsitzenden der IG Metall, Berthold Huber und Detlef Wetzel, an alle Arbeitnehmer, bei der Bundestagswahl am 27. September keine Stimme zu verschenken. Die größte Wählerversammlung im Wahlkampf 2009 stand unter dem Motto „Macht Politik für die Mehrheit der Menschen!“

Die IG Metall macht sich stark für einen Politikwechsel in Deutschland. „Wir wollen ein starkes Signal setzen – ein Signal für eine soziale und gerechte Gesellschaft“, sagte Berthold Huber, der Erste Vorsitzende der IG Metall. Die Verursacher der Wirtschaftskrise dürften am 27. September nicht triumphieren. Ungehemmtes Profitstreben habe nur mehr Ungerechtigkeit gebracht. „Diese neoliberale Politik gehört auf den Misthaufen der Geschichte!“

Arbeitsplatzvernichtern und Krisengewinnlern müsse ein Strich durch die Rechnung gemacht werden, sagte Berthold Huber. Und: „Einer weiteren Demontage des Sozialstaates werden wir nicht tatenlos zusehen.“ Deshalb sei es nicht egal, wer bei der Bundestagswahl die Nase vorn habe. Bei der Finanzierung der Krisenlas-

ten müsse das Verursacherprinzip gelten, „das geht nicht ohne Umverteilung von oben nach unten“. Vorrangig sei die Rettung von Arbeitsplätzen, die Vermeidung von Massenentlassungen. „Dafür brauchen wir einen staatlichen Schutzschirm für Betriebe und Beschäftigte“, sagte Huber.

Der IG Metall-Vorsitzende begrüßte den „Deutschland-Plan“ des SPD-Kanzlerkandidaten Frank-Walter Steinmeier, vier Millionen Arbeitsplätze schaffen zu wollen. Es sei schwierig, dieses Ziel zu erreichen. „Aber dass es Parteien gibt, die nicht vor der Massenarbeitslosigkeit kapitulieren, sondern sie bekämpfen wollen, das können wir nur unterstützen.“ An die Adresse von Bundeskanzlerin Angela Merkel sagte Huber: „Wir brauchen keine Rezepte für Johannisbeerkuchen,

wir brauchen Rezepte gegen die Massenarbeitslosigkeit!“

Die Bundestagswahl sei „eine Weichenstellung“, so Huber, ein „Weiter so“ dürfe es nicht geben. Es stehe viel auf dem Spiel, sagte der Zweite Vorsitzende, Detlef Wetzel. Die Wirtschaftskrise sei noch nicht überwunden, und „viele haben Angst, ihre Arbeit zu verlieren“. Deshalb sei eine Politik notwendig, „die wieder den Menschen in den Mittelpunkt rückt“.

Eindringlich rief Wetzel den IG Metall-Mitgliedern zu: „Macht Druck. Macht den Parteien Feuer unterm Hintern. Macht klar, was ihr wollt.“ Er forderte sie auf, in die Wahlkampfveranstaltungen der Parteien zu gehen und „den Laden“ aufzumischen, in den Wahlkampfbüros anzurufen, E-Mails oder Briefe zu schicken. Auch wenn die Enttäuschung über

die Politik sehr groß sei, dürfe sie nicht zur Wahlenthaltung führen. „Wer nicht wählt, wählt falsch“, sagte Wetzel.

Die IG Metall gibt keine Wahlempfehlung für eine einzelne Partei, bezieht aber klar Position: Sie warnt vor Schwarz-Gelb, macht Front gegen eine Koalition aus Union und FDP. Sie sei „die schlechteste aller Möglichkeiten“ (Huber). Diese Aussage verwun-

dert nicht, die Liberalen haben aus der Krise nichts gelernt. Sie wollen den Kündigungsschutz aushöhlen und die Mitbestimmungsrechte der Arbeitnehmer kappen. So steht's im FDP-Wahlprogramm. Und wie die Landtagswahlen im Saarland und in Thüringen gezeigt haben: Bei einer hohen Wahlbeteiligung hat Schwarz-Gelb schlechte Karten!

▶ Mehr Infos auf den Seiten 4/5

Gutes Leben:

Die Kampagne geht weiter

Die IG Metall-Kampagne „Gemeinsam für ein Gutes Leben“ geht weiter. Mit der Bundestagswahl am 27. September ist nicht Schluss. Egal wie die Wahl ausgeht: Danach beginnen Koalitionsverhandlungen. Dabei geht's darum, wie Deutschland in den nächsten vier Jahren regiert wird, wessen Interessen sich durchsetzen. In diese Diskussion werden sich die Beschäftigten und ihre Organisation, die IG Metall, einmischen. Klar und deutlich, unüberhörbar.

▶ www.gutes-leben.de

Das dicke Ende kommt

Niemand spricht darüber, alle Parteien scheuen das Thema wie der Teufel das Weihwasser: die öffentliche Verschuldung.

Erst nach der Bundestagswahl wird davon die Rede sein: von „Kassensturz“ und Gürtel enger schnallen, von Sparen müssen und tiefen Einschnitten ins soziale Netz. Dabei ist vieles längst bekannt.

Die Bundesagentur für Arbeit zahlt schon sechs Millionen Menschen Arbeitslosen-, Kurzarbeiter- und Insolvenzgeld sowie Hartz 4. Kein Wunder, dass sie in diesem Jahr ihre Rücklagen aufbraucht und 2010 ein Minus von 20 Milliarden Euro erwartet. Bis 2013 rechnet sie sogar mit einem Schuldenberg von 50 Milliarden.

Die Wirtschaftskrise drückt die Staatskassen tief ins Minus. Sinkende Steuereinnahmen und hohe Mehrausgaben haben Bund, Ländern, Kommunen und Sozialkassen im ersten Halbjahr ein Defizit von 17,3 Milliarden Euro beschert. Bis Jahresende dürfte das Minus noch mächtig wachsen. 2010 werden die gesetzlichen Krankenkassen nach Expertenmeinung flächendeckend Zusatzbeiträge erheben. Den Anfang hat die Gemeinsame Betriebskrankenkasse Köln gemacht – sie kassiert pro Quartal 24 Euro extra.

In diesem Jahr steigen die Sozialausgaben voraussichtlich auf 754 Milliarden Euro – nach 720 Milliarden in 2008.

Die DGB-Gewerkschaften, zu denen auch die IG Metall gehört, fordern, dass für die Kosten der Krise die Verursacher zahlen. Hohe Einkommen müssten künftig einen größeren Beitrag zur Finanzierung gesamtgesellschaftlicher Aufgaben leisten. Notwendig seien ein höherer Spitzensteuersatz und höhere Gewinnsteuern, eine befristete Vermögensabgabe und eine Börsenumsatzsteuer.



SPD-Kanzlerkandidat Frank-Walter Steinmeier und Kanzlerin Angela Merkel (CDU)

„Ihre Stimme zählt!“

Bundesweite Aktionstage: Vom 23. bis 25. September appellieren IG Metall und Betriebsräte vor und in den Betrieben an die Beschäftigten: „Geht wählen!“

Selten war ein Wahlkampf so langweilig wie dieser – und das mitten in der schlimmsten Krise. Doch der Kuschelwahlkrampf der Kanzlerin täuscht: Die Wahrheit kommt auf den Tisch. Wenn nicht vor der Wahl am 27. September, dann eben danach.

Werden wieder massenhaft Arbeitsplätze abgebaut, wie nach der letzten Wahl 2005? Wer sorgt dafür, dass nicht allein die Arbeitnehmer die Lasten der Krise tragen? Wer kümmert sich darum, dass Lehren aus der Krise gezogen werden, dass Finanzhaie und

Turbokapitalisten nicht wieder Oberwasser gewinnen?

Nichts ist gelaufen, Millionen

lang Edmund Stoiber der Sprung ins Kanzleramt, 2005 stolperte Gerhard Schröder. Jedes Mal

Diese Wahl ist nicht egal

Wähler sind noch unentschlossen. Aber alles ist möglich: eine schwarz-gelbe Koalition, die Fortsetzung der Großen (schwarz-rot), eine schwarz-grüne (Jamaika) und sogar Rot-Grün-Gelb (Ampel). Auch die beiden letzten Male war's knapp: 2002 miss-

entschieden ein paar Tausend Stimmen.

Niemand muss wählen gehen. Aber wer nicht wählen geht, hat auch gewählt: Er überlässt die Entscheidung anderen. Übrigens: Jede demokratische Stimme ist eine gegen Rechts.

Was ist eigentlich Freiheit?

„Maßstab aller Politik muss die Freiheit sein.“ Toller Satz. Stammt aus dem FDP-Wahlprogramm. Doch wenn Neoliberale und Gewerkschafter von Freiheit sprechen, meinen sie nicht dasselbe.

Die Partei der Besserverdienenden meint die Freiheit des Marktes. Sie gilt es zu schützen. Denn der Markt hat immer recht. Weil er rational und effizient ist. Das glaubt die FDP noch immer. Krise hin oder her. Sie macht deshalb auch keine Vorschläge zur Überwindung der Krise. Der Markt wird's schon richten!

Anders die IG Metall: „Freiheit“ ist ein gewerkschaftlicher Grundwert. Wie Gerechtigkeit und Solidarität. Freiheit meint das Recht des Menschen auf ein selbstbestimmtes, gutes Leben. Freiheit bedeutet, sich kritisch äußern zu dürfen – auch im Betrieb, sich zusammenschließen und sich für seine Interessen stark zu machen. Und das setzt einiges voraus: materielle Sicherheit, gutes Arbeit und Mitbestimmung.

Die FDP hingegen will mehr Freiheit fürs Kapital – und fordert deshalb weniger Kündigungsschutz, weniger Betriebsräte, weniger Mitbestimmung – und runter mit dem Spitzensteuersatz.

„Was macht deutsche Banker und Börsianer glücklicher als eine Milliarde Euro Gewinn? Natürlich die nächste. Und wann ließe die sich am leichtesten verdienen? Wenn Union und FDP wieder das Ruder übernehmen sollten.“

Klaus Staack, Grafiker

Leiharbeit: Neuer Boom

Die IG Metall pocht auf den Grundsatz „Gleiche Arbeit – Gleiches Geld“.

Auf 2,5 Millionen könnte die Zahl der Leiharbeiter im nächsten Aufschwung steigen, befürchtet die IG Metall. Das wären fast fünf Mal so viele wie im Juni (526 000). Tatsächlich steigt ihre Zahl seitdem auch wieder, so der Bundesverband Zeitarbeit (ihren historischen Höchststand hatte sie im Juli 2008 mit 823 000).

In einem „Mahnruf an die Politik“ fordern bereits 244 Metall-Betriebsräte deshalb, dass sich die

gesetzlichen Rahmenbedingungen für Leiharbeit „grundlegend“ ändern, nötig sei die Gleichbehandlung der Leiharbeiter „ohne Ausnahme“. In mehr als 400 Betrieben im Organisationsbereich der IG Metall haben Betriebsräte bereits Besserstellungen von Leiharbeitern durchgesetzt.

Dass trotz Leiharbeit keine Zwei-Klassen-Gesellschaft im Betrieb entstehen muss, belegt eine Untersuchung der Hans-Böckler-

Stiftung des DGB. Danach sind Leiharbeiter in fast allen Nachbarländern besser abgesichert als in Deutschland. In Frank-

Es geht besser

reich beispielsweise gilt uneingeschränkt das Prinzip gleiches Geld für gleiche Arbeit, und in Österreich gibt es tarifliche Min-

destlöhne sowie – in Hochlohnbranchen – kräftige Zuschläge.

Hierzulande ist eine gegenläufige Entwicklung zu befürchten. Das belegt eine Studie der Otto-Brenner-Stiftung der IG Metall. Die Forscher haben entdeckt, dass Leiharbeit von den Entleihfirmen zunehmend „strategisch“ genutzt wird. Soll heißen: nicht nur zur Bewältigung von Auftragsspitzen, sondern über längere Zeit hinweg und vermehrt. Das führe „zur Produktion gefügiger Arbeitnehmer“.

► www.gleichearbeit-gleichesgeld.de

Meine Forderung an die Politik*

► Hartz 4 abschaffen +++ Sicherung von Kinderkrippenplätzen bei Vollzeitarbeit beider Elternteile +++ Einführung des Mindestlohns +++ Leiharbeit reglementieren, Mini-Jobs besser bezahlen
 +++ Mehr Konzentration auf Politik statt auf Nebenberuf und Nebenvergütung +++ Manager mit ihrem Privatvermögen haften lassen +++ Mehr in Bildung investieren +++ Mehr Taten, weniger Machtgehebe +++ Ein existenzsicherndes, bedingungsloses Grundeinkommen +++ Flexiblere Lebensarbeitszeitmodelle +++ Eine gerechtere Rentenversicherung, in die auch Selbstständige und



Die La-Ola-Welle – eine Vorfreude auf den Erfolg

Übernahme gesichert

Der Automobilzulieferer Schaeffler übernimmt am Stammsitz Herzogenaurach in Bayern alle Ausgebildeten. Auch bei Thyssen-Krupp Nirosa in NRW und Hessen sicherten Jugendvertretung, Betriebsrat und IG Metall die Zukunft der Jungen.

200 Azubis können sich freuen, ihre Zitterpartie hat ein Ende. Sie werden 2009 und 2010 von Schaeffler übernommen – unbefristet!

Früher war die Übernahme bei Schaeffler kein Thema. Wer ausgelernt hatte, bekam einen Job. Das war jetzt erstmals anders. Als Mitte Mai die dramatischen Personalabbaupläne bekannt wurden, stand die Zukunft der Azubis plötzlich in Frage.

Binnen weniger Stunden sammelte die Jugendvertretung mehr als 1000 Unterschriften für ihre Übernahmeforderung. Zwar sagte Firmen-Chefin Maria-Elisabeth Schaeffler spontan zu, diese Forderung zu erfüllen. Doch dann ging das Gerangel los: Die Belegschaft (1500 Beschäftigte) sollte die Azubi-Übernahme bezahlen, sprich der Personalkostenabbau sollte noch heftiger ausfallen. Es dauerte Monate, bis Betriebsrat und IG Metall diese Zumutung vom Tisch hatten. Erst Anfang August kam die erlösende Nachricht: „Übernahme gesichert!“

Erst kam der Schock, dann die Wut: Ohne Vorwarnung teilte Thyssen-Krupp Nirosa (TKN) Ende Februar mit, dass nicht alle Ausgebildeten an den Standorten Bochum, Düsseldorf und Krefeld (alle

Stahl hat Zukunft

NRW) sowie Dillenburg (Hessen) übernommen werden. Wer Pech habe, hieß es, müsse in eine Transfergesellschaft wechseln – befristet und auf der Basis von 30 Wochenstunden. Wer dieses Angebot ausschlage, werde halt arbeitslos. IG Metall und Jugendvertretung protestierten heftig. Die Azubis gingen auf die Straße.

Es dauerte, bis das Problem gelöst war. Mitte des Jahres war klar: Alle Ausgelernten wechseln in einen Pool, erhalten ein – um 30 Prozentpunkte – erhöhtes Kurzarbeitergeld, und lassen sich für ein Jahr weiterbilden. Anschließend können sie mit der unbefristeten Übernahme rechnen.



Jugendvertreter von Schaeffler entfernen am 5. August ihre im Mai gesprayte Forderung „Übernahme der Azubis“ – sie ist erfüllt.

Solidarität versetzt Berge

15 Arbeitstunden spendeten die 8300 Beschäftigten der ZF Friedrichshafen AG von ihrem Zeitkonto, füllten damit einen Beschäftigungssicherungsfonds – und retteten so mehr als 1500 Arbeitsplätze.

Die Krise hat den Automobilzulieferer am Bodensee voll erwischt: Die Getriebeherstellung ist um zwei Drittel eingebrochen! Deshalb wird seit Februar kurzgearbeitet. Trotzdem gaben Betriebsrat und IG Metall die Parole aus: „Keine Entlassungen in 2009!“ Und sie starteten eine beispiellose Solidaritätsaktion. Die Belegschaft erklärte sich bereit, den Geldwert von 15 Arbeitstunden zu spenden. Außerdem wurde die Tarifierhöhung verschoben. So kam ein Fonds von 14 Millionen Euro zustande, den der Arbeitgeber um weitere sechs Millionen auffüllte.

Mit diesem Geld wird das Kurzarbeitergeld auf bis zu 97 Prozent des letzten Einkommens aufgestockt. Außerdem werden damit Abfindungen für freiwilliges Ausscheiden finanziert. Mehr noch: 568 befristet Beschäftigte, deren Verträge auslaufen, werden bis Mitte 2010 weiter beschäftigt. Außerdem erhalten 109 Beschäftigte, die eine Vollzeitqualifizierung von bis zu drei Jahren absolvieren, ein Stipendium oder ein Darlehen. Ohne den Beschäftigungssicherungsfonds, so schätzt Betriebsrätin Sabine Pflegar, wären „mindestens 1500 Stamarbeitsplätze“ akut gefährdet.

Geschafft – alle Jobs gerettet!

Cool-Case Dresden, ehemals Schäfer-Werke: Mit phantasievollen Aktionen haben sich die 180 Beschäftigten gegen die geplante Betriebschließung gewehrt. Monatelang und mit Erfolg. Der Standort bleibt dank neuem Investor erhalten.

Die Hiobsbotschaft am 23. April lautet: Ende des Jahres ist Schluss. Schäfer IT Systems – ein Nachfolgebetrieb des DDR-Kombinats Robotron – wird dicht gemacht, die Produktion von Rechnergehäusen verlagert. „Wegen der Wirtschaftskrise“, behauptete die Geschäftsführung. „Weil der Vertrieb hundsmiserabel organisiert war“, sagt der Betriebsratsvorsitzende Jörg Furkert.

Betriebsrat, IG Metall und Belegschaft entschließen sich, zu kämpfen. Es geht um alles oder nichts. Kurzerhand wird vor dem Werk ein Protest-Café eröffnet. Und das Werkstor blockiert, damit keine Produktionsmittel verschwinden können. Mehrere Warnstreiks für einen Sozialtarifvertrag folgen. Und ganztägige Betriebsversammlungen – auch mal im Freien, damit das Fernsehen filmen kann. Reisen die Vertreter des Eigentümers, der Schäfer-Werke aus Neunkirchen in NRW an, begrüßt sie ein Spalier von Beschäftigten – mal mit eisigem Schweigen, mal mit großem Radau. Eine Mahnwache wird organisiert, die Firma mit einer Menschenkette symbolisch umzingelt. Überall sieht man jetzt gelbe

T-Shirts mit roter Aufschrift: „Hände weg von meiner Arbeit!“ Innerhalb weniger Wochen steigt der gewerkschaftliche Organisationsgrad von 50 auf 80 Prozent.

Mehr Zusammenhalt

Mitte Juni wird bekannt, dass mehrere Investoren Interesse am Unternehmen bekundet haben. Zu einem von ihnen, einem ehemaligen Geschäftsführer von Schäfer IT Systems, pflegen Betriebsrat und IG Metall schon länger Kontakt. Und das zahlt sich aus. Am 9. Juli – exakt elf Wochen nach der Hiobsbotschaft – werden Schäfer-Werke und Investor handelseinig, Cool-Case übernimmt die komplette Belegschaft eins zu eins.

PS: Als der Kampf gegen die Schließungspläne beginnt, schaltet der Betriebsrat sofort eine Homepage:

► gegenphantasielosesplattmachen.de

Als der Kampf gewonnen ist, schaltet er eine zweite:

► www.phantasievollgehtsweiter.de

Leiharbeiter trotz Krise übernommen

Die Belegschaft des Gabelstapler-Herstellers Still in Hamburg geht kollektiv in Kurzarbeit, damit 100 Leiharbeiter feste Arbeitsverträge bekommen können.

Nein, Arbeitnehmer zweiter Klasse sollten die Leiharbeiter bei Still in Hamburg nicht sein. Immerhin stellten sie zehn Prozent der Belegschaft, viele arbeiteten immer wieder und bis zu einem Jahr im Unternehmen, „und es waren Freundschaften zwischen Stammbeschäftigten und Leihkräften entstanden“, erzählt Betriebsrat Oliver Meier.

Also schlossen Firma und IG Metall 2007 einen Tarifvertrag, wonach 50 Leiharbeiter sofort und weitere 100 Ende 2008 übernommen werden sollten. Die erste Einstellungswelle lief problemlos. Als die zweite anstand, brach die Krise über die 1800-köpfige Belegschaft des Gabelstapler-Herstellers herein.

Was tun? Die Beschäftigten verhielten sich wie ehrbare Kaufleute: Verträge müssen eingehalten werden. Was wir verspre-

chen, gilt! Auf einer Betriebsversammlung beschloss die Belegschaft, kollektiv in Kurzarbeit zu gehen, um – wie geplant – die Festanstellung von 100 Leihkräften zu ermöglichen. Seit Februar wird bei Still kurzgearbeitet. Bis zwölf Tage im Monat – möglicherweise bis Februar 2011.



Gabelstapler – die Spezialität von Still

► Beamte einbezogen werden +++ Keine weitere Öffnung der Schere zwischen Arm und Reich +++ Mehr echte Mitbestimmung der Versicherten in der Sozialversicherung +++ Wer nicht ausbildet, soll zahlen +++ Weniger versprechen, mehr tun +++ Weniger verkomplizierende Regeln und Gesetze +++ Weg von der Zweiklassengesellschaft +++ Weg vom Lobbyismus, und mal wieder an die Basis denken +++ Weg mit der Agenda 2010 +++ Abschaffung der Leiharbeit +++ Lügenverbot für Politiker +++ Grundsicherung für alle +++ Volksbegehren zu allen politischen Themen +++ Weg mit Rente 67 +++ Mehr Ausbildungsplätze schaffen +++ Wahlversprechen ►

Frankfurt, 5. September: 45 000



2650 Menschen waren am 5. September im Einsatz: Parkwächter, Ordner und Sicherheitsleute, Sanitäter, Helfer an den Getränke- und Essensständen, Techniker und Künstler.

Foto: Stephen Petrait

Die komplette Logistik – darunter allein 156 Tonnen Licht- und Ton-Material – wurde von 28 Jumbotrucks herangekarrt.



Rock-Legende Bob Geldorf: „I don't like Mondays“

Foto: Frank Rumpenhorst

Foto: Stephen Petrait



„Willkommen in der IG Metall“

Es regnet Konfetti. Rote und weiße Glanzpapier-Schnipsel tanzen durch die Luft der Frankfurter Fußball-Arena – ein glitzerndes Finale, fast wie bei einer Meisterschaftsfeier. Nur geht es heute um Politik. Um Politik für die Menschen im Lande. Es ist 16.08 Uhr, auf der Bühne singen die Künstler „Dies Land ist dein Land“, und die Konfetti-Kanonen beenden einen eindrucksvollen Tag.

Hat es sich gelohnt zu kommen? „Tausendprozentig“, sagt Michael Armbruster (49) aus Karlsruhe. „Die Atmosphäre war genial, es gab richtig gute Redebeiträge – Weltklasse.“

45 000 Menschen kommen an diesem Tag in die Bankenmetropole. Sie strömen aus Bussen und Sonderzügen. Manche mussten schon nachts los. Die Flensburger um 0.52 Uhr. Metallerrinnen und Metaller reisen aus allen Winkeln der Republik an. Sie füllen ein ganzes Stadion. Normalerweise trägt es den Namen „Commerzbank-Arena“. Heute ist es „die IG Metall-Arena“, sagt Moderator Manni Breuckmann. Sie haben ein Anliegen, mitten in der schlimmsten Wirtschaftskrise seit 80 Jahren. Politik soll sich wieder um die Menschen kümmern. In drei Wochen sind Bundestagswahlen. Es ist „die größte

Wählerversammlung in diesem Wahlkampf“, sagt Detlef Wetzell, Zweiter Vorsitzender der IG Metall. Keine Partei in Deutschland bekommt so viele Leute auf die Beine. Die IG Metall schon.



Konfetti-Regen und grandioses Finale

Foto: Frank Rumpenhorst

Sie nehmen das Stadion ein. Junge Gewerkschafter skandieren Schlachtrufe: „Übernahme, Übernahme“. Schon mittags brodelt es im Stadion, es ist „Gänsehautstimmung“ (Detlef Wetzell).

Frankfurt schlummert noch an diesem Samstagmorgen, als die Metaller bereits die Stadt bevölkern. Kurz nach 9 Uhr auf dem Platz vor dem Südbahnhof: Eine Metallergruppe aus Völklingen spielt Samba. Die Menschenmenge wird größer. Viele Junge sind dabei. Viele Familien. Sie hieven Kinderwagen aus den Zügen.

In den Straßen Frankfurts prangen Wahlplakate. Da werben Rote und Schwarze, Gelbe und Grüne, und noch andere Rote.

Auch die Metalle-

rinnen und Metaller geben ein buntes Bild ab. Viel Rot natürlich, das Rot der IG Metall. Die Opelner in gelb-grünen T-Shirts. Die IG Metall-Jugend in Schwarz. Aber hier geht es nicht um parteipolitische Farbenlehre. Hier geht es um ein gutes Leben.

Es ist ein Tag des kreativen Protests. Jungmetaller Sancho aus Gießen verteilt kleine Eisbecher-Papierschirme. „Schutzschirme, Schutzschirme“, preist er sie an. Wer einen der Minischirme nimmt, liest einen Spruch: „Das ist Ihr Rettungsschirm... in groß nur für Banken!“ Kolleginnen und Kollegen aus Wilhelmshaven und Oldenburg gestalteten das längste Transparent des Tages – 100 Meter Leinwand mit For-



Rapper Samy Deluxe

Foto: Sascha Rheker

derungen. Wie ein Wurm schlängeln sie sich zum Stadion. Sie werden das Transparent aufheben. „Vielleicht können wir damit noch mal das Bundeskanzleramt einwickeln“, sagt Evelyn Gerdes

„Faire Chancen für alle nach der Ausbildung – und das bei fairer Bezahlung“
Sascha Hartmann, 22, Essen



„Dass der Sargdeckel, der sich durch die Agenda 2010 auf die ganze soziale Politik gesenkt hat, wieder angehoben wird.“
Stefanie Jahn, 58, München



„Sie soll sich wieder nach den Menschen richten und dafür sorgen, dass es gerechter zugeht.“
Ralf Wilke, 41, Bremen



„Dass all das, was jetzt versprochen wird, ein Schutzschirm für Beschäftigte und mehr Umweltschutz, nach der Wahl wirklich umgesetzt wird.“
Frank Köppel, 33, Stuttgart



„Ich wünsche mir, dass die Politik gleichen Lohn für alle durchsetzt.“
Gisela Birwer, 55, Köln-Leverkusen



„Eine arbeitnehmerfreundlichere Politik – bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf.“
René Utöff, 37 Chemnitz



Was ich von der Politik erwarte...

setzen ein starkes Signal



„Und ich sage euch: Eher geht ein Kamel durchs Nadelöhr als dass Marktradikale und Neoliberale durch den Schaden klug werden, den sie angerichtet haben. Sie wollen und müssen ja bis dato die Zeche nicht bezahlen. Die Zeche sollen wir bezahlen, die Arbeitslosen, Rentner und Beschäftigten.“

Berthold Huber, 1. Vorsitzender der IG Metall



„Die Menschen wollen eine gerechtere Gesellschaft. Sie wollen nicht, dass die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer werden. Die Kosten der Krise dürfen nicht bei den kleinen Leuten abgeladen werden. Das müssen die Leute mit den dicken Bankkonten bezahlen.“

Dettlef Wetzel, 2. Vorsitzender der IG Metall

Operation Übernahme



Die Auftaktkundgebung in Frankfurt zeigt, dass die Jugend der IG Metall ihre Zukunft nicht länger der Politik überlassen wird.

aus Wilhelmshaven. Ein gutes Leben – das ist auch Kultur: Vor und im Stadion dröhnen Bongo-Trommeln, trötet die Tuba, jazzt es. Auf der Bühne klärt Kabarettist Wilfried Schmickler auf: Guido Westerwelle ist gar kein Politiker, sondern bloß „ein Klingelton für Besserverdienende“. Rapper Samy Deluxe lässt die Jungen zu

den wummernden Boxen strömen. Jeder hier in der Arena spürt die Krise. Jeder sorgt sich. Sebastian (23) aus Eisenach hält seine Freundin Sindy (20) im Arm. Er ist bei Bosch, „noch läuft es gut, wegen der Abwrackprämie“. Aber wer weiß, wie es am Jahresende aussieht? Auf der Bühne singt Rocker Bob Geldof von jemandem,

der keine Montage mag. Geldof zieht sein Jackett aus und lässt es fetzen.

Auf den Rängen steht Michael Sommer, Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Er trinkt Cola, plaudert mit Metallern und muss ein dickes Lob loswerden: „So etwas hier – das kriegt nur die IG Metall hin.“

Matthias Runken und Marcel Schulz sind seit Freitagabend auf den Beinen. Da sind sie aus Nordrhein-Westfalen nach Frankfurt gekommen. Jetzt ist es kurz nach zehn am Samstagmorgen und die beiden 20-Jährigen stehen etwas müde, aber voller Tatendrang vor der Alten Oper in Frankfurt. Beide tragen eines der schwarzen T-Shirts mit gelber Schrift, die unzählige Helfer der IG Metall-Jugend verteilt haben. „Operation Übernahme“ steht auf der Vorderseite, „Der Kapitalismus hat sich übernommen – jetzt übernehmen wir“ auf dem Rücken.

feln haben die jungen Menschen mit Edding notiert, was sie sich für die Zukunft wünschen. Ein Wort taucht immer wieder auf: Sicherheit.

„Die Politik tut nichts für die junge Generation in diesem Land“, sagt IG Metall-Vorstandsmitglied Regina Görner. Das Publikum applaudiert und schlägt Krach. Bundesjugendsekretär Eric Leiderer erzählt den Demonstranten von seinem Vater. Der konnte schon mit 23 Jahren eine Familie gründen und mit 30 ein Haus kaufen,

Tausende dieser Shirts sind auf dem Platz zu sehen. Denn der Spruch ist ernst gemeint: Die jungen Metaller schauen nicht mehr tatenlos zu, was mit ihrer Zukunft geschieht. Sie begehren auf. Lautstark und kreativ. Eine Konfettikanone schießt gelb-schwarze Zettel in die Luft „Dieser Kapitalismus gehört weg. Die Zukunft gehört uns.“ Auf großen Ta-



Jugend vor der Alten Oper



Foto: Manfred Vollmer

Herz pocht bis zum Hals

Es ist ein großer Auftritt, ein verdammt großer. Antonina Stöckert (23) aus Nürnberg ist aufgeregt, ihr Herz pocht bis zum Hals. Sie hält sich am Rednerpult fest, mit beiden Händen, tritt von einem Bein aufs andere. Noch eine Minute. Vor ihr ein Meer von Köpfen. Auf den Rängen, im Innenraum, überall Menschen. Gleich spricht sie vor einem gefüllten Stadion. Sie will eine Botschaft loswerden, es ist ihr wichtig, und da muss sie jetzt durch. „Ich bin Vorsitzende der Jugend- und Auszubildendenvertretung der Leistriz AG“, sagt sie, und ihre Worte dröhnen tausendfach verstärkt aus den Lautsprecher-türmen, und nach diesem ersten Satz verfliegt ihre Nervosität. Ausgerechnet sie, die Jugendvertreterin, spricht zum Thema

Rente. Dass die Alten gezwungen werden, länger zu arbeiten, während die Jungen keinen Arbeitsplatz bekommen. „Was mich wirklich wütend macht“, ruft sie mit fester Stimme, „ist, dass Jung und Alt gegeneinander aufgehetzt werden.“ Das Stadion tobt. Ein gutes Dutzend Metallerrinnen und Metaller kommen zu Wort. Es ist für sie das erste Mal, dass sie vor einem solchen Riesenumfeld sprechen. Sie erzählen von ihren Problemen vor Ort, von den kleinen und den großen Sauereien im Betrieb. Zum Beispiel von Finanzinvestoren, die „das Huhn, das Eier legen soll, gleichzeitig schlachten wollen“. Doch es wird nicht nur geklagt. Lösungen müssen her. Und es gibt sie. Deshalb berichten Metallerrinnen und Metaller auch davon, was sie



Rede vor großem Publikum

Foto: Sven Ehlers

tun gegen die Misere. Bei Saarstahl sorgten sie dafür, dass die Zahl der Ausbildungsplätze nicht verringert wird – trotz Kurzarbeit. Bei Still in Hamburg sorgten sie dafür, dass Leiharbeiter feste Verträge bekamen. Sie kümmern sich. Sie retten Arbeitsplätze. Nicht jammern, machen. Als Antonina ihren Beitrag beendet hat, stellt sie sich auf der Bühne zu ihren Kolleginnen und Kollegen der IG Metall-Jugend. „Meine Azubis“, sagt sie und lacht. Sie nippt an einem Wasserglas, sie ist erleichtert, sie ist glücklich. „Ein geiles Gefühl.“ Vor so vielen Menschen zu reden – „es war überwältigend“.

„Ich erwarte vor allem, dass die Parteien ihre Wahlversprechen einhalten – beispielsweise die SPD beim Mindestlohn.“
Stefanie Holtz, 20, Stralsund



„Dass die Politiker endlich aufwachen und sich um die Bürger kümmern.“
Jenni Literski, 24, Braunschweig



„Die Politik soll dafür sorgen, dass mehr Arbeitsplätze vorhanden sind.“
Ralf Reinartz, 54, Köln-Leverkusen



„Dass die Rente mit 67 wieder wegkommt. Wer 45 Jahre versichert war, sollte ohne Abzüge in Rente gehen können.“
Karl-Heinz Keuerleber, 48, Stuttgart



„Die Politik soll Regelungen finden, dass die Leiharbeiter besser geschützt und nicht sofort entlassen werden können.“
Kerstin Schulzendorf, 47, Dresden



„Ich wünsche mir, dass jeder nach der Ausbildung übernommen wird.“
Steffanie Grötz, 20, Gaggenau



Foto: Stephen Petrat



Klemmt's?

Mit einem milliarden-schweren Hilfspaket rückt Berlin der Kreditklemme zu Leibe.

„Kreditklemme“: Seit Jahresanfang geistert das Wort durch die Medien. Doch ob es sie gibt, ist umstritten.

Gleichwohl stockt der Geldstrom immer wieder, obwohl die Europäische Zentralbank (EZB) den Leitzins gesenkt und die Geldhäuser mit billigem Geld überschüttet hat. Die Kreditinstitute reichen das Geld nicht weiter, weil ihre Eigenkapitalbasis vielfach zu gering ist – und damit auch ihr Spielraum bei der Kreditvergabe. Die Zinssenkungen kommen nicht beim Kreditnehmer an.

Der im Oktober 2008 aufge-spannte Banken-Rettungsschirm (480 Milliarden Euro) wird nicht wirklich genutzt. Ein Grund: seine Inanspruchnahme ist – anders als in den USA – freiwillig. Jetzt sollen es 17,5 Milliarden richten. So viel stellt Berlin über die Staatsbank KfW den Banken und der Kreditversicherung zur Verfügung, damit es nicht klemmt. Das schadet nicht. Ob's hilft, bleibt abzuwarten.



Kaum wächst die Wirtschaft ein bisschen, soll die Krise vorbei sein. Die IG Metall warnt vor zu viel Optimismus.

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP), der Wert aller produzierten Güter und Dienstleistungen, wuchs von April bis Juni überraschend um 0,3 Prozent (gegenüber dem ersten Quartal) – und schon erklärten Konjunktexperten die Rezession für beendet. Zumal der Ifo-Geschäftsklimaindex im August zum fünften Mal in Folge gestiegen ist.

Alles in rosa

Die heftigste Wirtschaftskrise seit 1929 – und schon vorbei? Der Weltuntergang – abgesagt? Das war's? Wo bleibt der große Knall? Erst malten die Ökonomen nur schwarz in schwarz, jetzt in rosa, man ist wieder optimistisch. Fand und findet die Krise bloß in der Zeitung statt?

Das zu glauben wäre eine „gefährliche Illusion“, warnt der Wirtschaftswissenschaftler Rudolf Hickel. Der leichten Besse-

rung könne „schnell wieder der Rückschlag folgen“. Das BIP-Plus im zweiten Quartal verdeckt: Im Vergleich zum Vorjahresquartal sackte das Wachstum um 7,1 Prozent ab! Das ist historisch einmalig.

Dass der Sturz ins Bodenlose gestoppt ist, hat mehrere Gründe:

► Die von Politik und Wissenschaft lange verteuerten Konjunkturprogramme wirken.

► Die Abwrackprämie – eine Idee und Forderung der IG Metall – hat eine beispielelose Auto-Nachfrage ausgelöst. Von Januar bis Juli wurden 2,4 Millionen Pkw neu zugelassen, 27 Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum.

► Die Vereinfachung und Verlängerung des Kurzarbeitergeld-Bezugs – ebenfalls eine gewerkschaftliche Forderung – schützt vor Arbeitslosigkeit. Im Juni arbeiteten 1,43 Millionen Beschäftigte kurz, der Arbeitsausfall entsprach 500 000 Vollzeitstellen. Anders ausgedrückt: Kurzarbeit sicherte 500 000 Arbeitsplätze (die

Hälfte davon übrigens im Organisationsbereich der IG Metall).

► Dank zahlreicher Tariferhöhungen und einer geringen Inflationsrate hatten die Beschäftigten im ersten Halbjahr erstmals seit Jahren mehr Geld in der Tasche.

Tarif wirkt

Die Verbraucher sind in der besten Konsumstimmung seit Ende 2006, kauften allein für 36 Milliarden Euro neue Autos.

„Wir haben die Talsohle jetzt erreicht, aber wir verlassen sie noch nicht“, sagt Gustav Horn, Chef des gewerkschaftlichen Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung. Das Schlimmste sei zwar überstanden, „aber nicht auf dem Arbeitsmarkt“. Horn befürchtet, dass die Zahl der Arbeitslosen bis Ende 2010 auf fünf Millionen klettert.

Die Kündigungswelle kommt, der Arbeitsmarkt hinkt der Wirt-

schaft bekanntlich hinterher. Die Warnzeichen mehren sich:

► Die Industrie baut massiv Stellen ab, die Zahl der Erwerbstätigen ist rückläufig.

► Die Zahl der Arbeitslosen stieg im August im Vergleich zum Vorjahresmonat um 276 000 auf 3,47 Millionen. Dabei werden laut Bundesagentur für Arbeit schon 833 000 Menschen gar nicht mehr als Arbeitslose registriert, zum Beispiel Ein-Euro-Jobber oder Arbeitslose in Trainingsmaßnahmen.

► Die Insolvenz-Welle rollt: Im Mai stieg laut Statistischem Bundesamt die Zahl der Firmenpleiten sprunghaft um 14,9 Prozent im Vergleich zum Vorjahresmonat auf 2663 an.

Die Hoffnung auf eine V-Konjunktur – tiefer Absturz, steiler Aufstieg – trügt: Damit sei nicht zu rechnen, heißt es in der jüngsten Wirtschaftsanalyse der IG Metall. „Von einem kräftigen, sich selbst tragenden Aufschwung sind wir noch weit entfernt.“



Nur noch zwei von drei Erwerbstätigen haben einen normalen Job, das heißt arbeiten mehr als 20 Stunden pro Woche, sind voll sozialversicherungspflichtig und unbefristet beschäftigt. Bereits jeder fünfte ist Leiharbeiter, Teilkraft, befristet oder geringfügig

Arm trotz Arbeit

Arbeit zu haben, genügt nicht. Man muss von ihr auch leben können. Aber das gelingt immer weniger Menschen: Das Armutsrisiko der Beschäftigten wächst.

beschäftigt. Der Anteil dieser sogenannten atypisch Beschäftigten stieg in den vergangenen zehn Jahren von 16 auf 22 Prozent oder von 5,3 auf 7,7 Millionen, so das Statistische Bundesamt.

Gleichzeitig kommen immer mehr von ihnen unter die Räder, schon 14 Prozent sind armutsgefährdet, also jeder siebte. Als gefährdet gilt beispielsweise ein Ein-Personen-Haushalt mit weniger als 787 Euro Nettoeinkommen.

Jeder zweite atypisch Beschäftigte erhält einen Bruttostundenlohn, der unter der Niedriglohngrenze von 9,85 Euro (Stand 2006) liegt. „Gute Ausbildung schützt vor Niedriglöhnen!“ Dieses Vorurteil hat eine Studie des Duisburger Instituts Arbeit und Qualifikation widerlegt. Danach haben vier von fünf Beschäftigten im Niedriglohnsektor eine abgeschlossene Berufs- oder akademische Ausbildung.

Brücke für Jung und Alt

Bundesarbeitsminister Olaf Scholz (SPD) will die Altersteilzeit weitere fünf Jahre fördern. Er hat einen Gesetzentwurf vorgelegt, wonach Beschäftigte mit 57 Jahren – finanziell unterstützt von der Bundesagentur für Arbeit – noch bis 2014 in Altersteilzeit gehen können, wenn ihr Betrieb gleichzeitig einen Ausgebildeten übernimmt. Nach geltender Rechtslage läuft die Förderung Ende des Jahres aus. Doch viele Ältere wollten „einmal halblang machen“, wünschen sich einen flexiblen Übergang in die Rente, so der Minister. Und vor allem Jüngere

hätten es schwer, einen Arbeitsplatz zu finden.

CDU/CSU und Wirtschaft lehnen Scholz' Verlängerungspläne ab. SPD und DGB-Gewerkschaften unterstützen den Minister. Die IG Metall bezeichnet sein Vorhaben als „echte Beschäftigungsbrücke“.

Arbeitsfähig bis zur Rente?

Ja	50%
Nein	34%
Weiß nicht	16%

Nur jeder zweite Beschäftigte glaubt, bis zur Rente arbeitsfähig zu bleiben. Jeder dritte hält das für unwahrscheinlich.

Meine Forderung an die Politik*

► müssen eingehalten werden +++ Viel in die Bildung investieren +++ Vertreten endlich die Interessen der Allgemeinheit +++ Vergesst nicht: Ihr arbeitet für uns und nicht wir für euch +++ Verbot von Mini-Jobs +++ Das Personal in den Kindergärten müsste besser bezahlt werden +++ Umkehrung der Umverteilung von unten nach oben +++ Tut was für Familien +++ Tut mehr für den kleinen Mann +++ Gebt jungen Leuten eine Chance +++ Runter mit dem gesetzlichen Rentenalter +++ Manager müssen für ihre Arbeit haftbar gemacht, kapitale Fehler bestraft werden +++ Macht ►

Kapitalbeteiligung: Neue Gegenleistung für Lohnverzicht

In der Krise leisten immer mehr Arbeitnehmer Lohnverzicht. Im Gegenzug versprechen die Arbeitgeber Job-Sicherheit. Jetzt diskutiert die IG Metall eine neue Gegenleistung: Kapitalbeteiligung.

Die Idee ist aus der Not geboren. Was tun, wenn beispielsweise Daimler kein Geld flüssig hat, aber die 141 000 Beschäftigten einen Anspruch auf 280 Millionen Euro Gewinnbeteiligung haben? Antwort: aus der Not eine Tugend machen – keine Auszahlung der Gewinne fordern, sondern eine Beteiligung,

Die Stiftungen sollen grundsätzlich keinen Platz auf der Anteilseignerbank im Aufsichtsrat beanspruchen. „Wir wollen nicht Unternehmer werden“, sagt Berthold Huber. Früher hatte die IG Metall starke Vorbehalte gegen die Mitarbeiter-Kapitalbeteiligung. Ihr Argument: Im Pleitefall sind Job und Kapital futsch. Gilt das nicht mehr? Doch. Und deshalb ist das Thema auf Krisenfälle beschränkt. Denn hier gilt: Bei einem Lohnverzicht ohne Kapitalbeteiligung wäre das Geld sofort weg.

Gute Aktionäre

spricht Umwandlung der Bonuszahlungen in Aktien. 280 Millionen entspricht gut einem Prozent der Aktien. Die Dividende könnte der Altersvorsorge zugute kommen. Ähnliches gilt für VW/Porsche, Opel und den Automobilzulieferer Schaeffler. Und jedes Mal hat das Engagement ein Ziel: Arbeitsplätze sichern. „Beschäftigte sind gute Aktionäre“, weiß der IG Metall-Vorsitzende Berthold Huber, „interessiert am langfristigen Erfolg der Unternehmen.“ Ihre Anteile, die bis zu zehn Prozent betragen können, könnten in einer Stiftung oder Beteiligungsgesellschaft gebündelt werden, die wiederum Einfluss auf die Unternehmenspolitik nimmt. Sinnvoll wäre beispielsweise mehr Mitbestimmung bei der Verlagerung oder Schließung von Standorten.



Managergehälter

Öffentliche Kritik wirkt: Managergehälter sollen begrenzt werden. Am 5. August ist das Gesetz zur Angemessenheit von Vorstandsgehältern verabschiedet worden. Ob's nützt? Die IG Metall ist skeptisch.

Arbeitnehmer sind nicht neidisch, sie können gönnen: Sie halten Managergehälter, die 10 bis 15 Mal so hoch sind wie ein normaler Lohn, für okay. Das belegen Studien. Und entspräche einer halben Million Euro im Jahr. Die Vorstände der 30 größten börsennotierten Unternehmen verdienten 2008 im Schnitt knapp 2,28 Millionen – und das in der Krise. Daran dürfte auch das neue Gesetz nichts ändern. Aber es setzt dem Millionen-Poker in den Vorstandsetagen erstmals neue Ziele: Nicht die kurzfristige Steigerung von Aktienkursen, Renditen und Gewinnen

soll im Vordergrund stehen, sondern der langfristige Erfolg (Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit und nachhaltiges Unternehmenswachstum). Ihre Aktienoptionen dürfen Manager erst nach vier statt nach zwei Jahren einlösen. Obergrenzen hat der Gesetzgeber bei den Vorstandsvergütungen nicht gezogen. Aber festgelegt, dass künftig der gesamte Aufsichtsrat – und nicht nur ein Ausschuss – über die Vergütungen entscheidet. Ein erster Schritt ist getan, doch die IG Metall bleibt vorsichtig: Wie praxistauglich das Gesetz ist, „wird erst die Zukunft zeigen“.

Tipps für Beschäftigte Wie schütze ich mich in der Krise?

- ▶ **Aufhebungsvertrag oder Kündigung erhalten?** Innerhalb von drei Wochen muss die Kündigungsschutzklage erhoben werden! Auch wenn die Kündigungsfrist mehrere Monate beträgt beziehungsweise die Kündigung fehlerhaft oder offensichtlich unrechtmäßig ist.
- ▶ **Vorsicht bei Aufhebungsverträgen.** Die reguläre Kündigungsfrist muss eingehalten werden. Sonst droht eine Sperrfrist beim Bezug von Arbeitslosengeld (Alg 1). Abfindungen sind steuerpflichtig und können auf Alg 1 und Hartz 4 angerechnet werden.
- ▶ **Niemand muss sofort unterschreiben!** Lieber einmal bei der IG Metall vor Ort nachfragen. Sie berät ihre Mitglieder kostenlos und vertritt sie vor Arbeits- und Sozialgerichten.
- ▶ **Arbeitslos, aber nicht wehrlos:** Die IG Metall hält für ihre Mitglieder eine ganze Menge Infos bereit. Zum Beispiel zwei Broschüren: „Arbeitslosigkeit droht – was tun?“ und „Tipps im Umgang mit der Arbeitsagentur“. Mitglieder werden lohnt sich.

- ▶ **Ärgernis Dispo:** Obwohl die Banken sich von der Europäischen Zentralbank Geld zu 1 Prozent leihen, erheben sie Dispozinsen von im Schnitt 11,6 Prozent, so „Finanztest“ 9/09 von Stiftung Warentest. Der schlimmste Abzocker ist die Citibank (16,99 Prozent), gefolgt von der Santander Consumer Bank und der Sparkasse Köln-Bonn. „Finanztest“ rät: entweder mit dem Girokonto zu einer günstigeren Bank wechseln oder auf einen Abruf- beziehungsweise Ratenkredit mit günstigeren Konditionen ausweichen. Der billigste Anbieter von Abrufkrediten ist die ING-Diba (7,22 %), der von Ratenkrediten die Norisbank (4,90 %). Mehr: ▶▶ www.test.de/dispokredit
- ▶ **Verschuldet?** Die Rückzahlung von Krediten kann unterbrochen werden. Man sollte mit seiner Bank reden. Versicherungen können beitragslos gestellt werden – Nachfragen lohnt sich.
- ▶ **Überschuldet?** Die Bundesarbeitsgemeinschaft Schuldnerberatung ist ein seriöser Ratgeber. Mehr: ▶▶ www.meine-schulden.de

Erfolge der IG Metall

1. Kurzarbeiter erhalten 60 oder 67 Prozent ihres ausgefallenen Nettoarbeitsentgelts; lebt ein Kind mit im Haushalt, sind's 67 Prozent. In 34 Prozent aller Betriebe im Organisationsbereich der IG Metall erhalten die Betroffenen mehr – dank Tarifvertrag oder Betriebsvereinbarung. Das nützt 798 000 Beschäftigten. Das hat eine Umfrage der IG Metall ergeben, Stand Juni.
2. In mehr als jedem dritten Betrieb (38 %) haben IG Metall und Betriebsrat Regelungen zur Qualifizierung in der Kurzarbeit vereinbart. Sie gelten für 746 000 Beschäftigte.
3. Ebenfalls in jedem dritten Unternehmen (38 %) ist der Ausschluss betriebsbedingter Kündigungen vereinbart worden. Das schützt 531 000 Beschäftigte, sie müssen nicht um ihren Job fürchten!

Auf die Plätze... Ausbildungsstart 2009

Azubis sind bei der IG Metall-Jugend genau richtig: Die Jugend- und Auszubildenden-Vertretung (JAV) im Betrieb vertritt ihre Interessen. Gemeinsam mit Betriebsrat und IG Metall. Die IG Metall setzt sich ein für bessere Ausbildungsbedingungen (unbefristete Übernahme nach der Ausbildung, höhere Ausbildungsvergütungen und bessere Ausbildungsqualität). Sie ist kompetent in allen Fragen rund um Ausbildung und Beruf. Mündlich wie schriftlich: Eine 60-seitige Broschüre liefert Tipps von A wie Abmahnung bis Z wie Zeugnis. Erhältlich bei der IG Metall vor Ort.

- Telefonnummer nicht zur Hand? Steht im Netz: ▶▶ www.igmetall.de – Klick auf „IG Metall vor Ort“ Mehr Infos: ▶▶ www.igmetall.de – Klick auf „Arbeit“ ▶ „Netzwerke für Auszubildende und Studierende“



▶ Politik für die Menschen, nicht nur fürs Kapital +++ Steuern runter, damit mehr konsumiert wird +++ Stärkere Regulierung des Kapitals +++ Mehr Chancengleichheit +++ Einfache Steuergesetze +++ Mehr Mitbestimmung in den Unternehmen +++ Schafft die Studiengebühren ab +++ Sagt uns die Wahrheit über die Krise jetzt – nicht erst nach der Wahl +++ Bildungsurlaub für alle +++ Rentenmöglichkeit nach 40 Berufsjahren +++ Verbot der Verdachtskündigungen +++ Mehr in unsere Kinder, sprich in unsere Zukunft investieren +++ Die Besserverdiener endlich mal zur Kasse bitten +++ Von der gesetzlichen Rente sicher und ohne Sorgen leben zu können

* Antworten aus der IG Metall-Befragungsaktion „Deine Stimme für ein Gutes Leben“

Mehr als 450 000 Euro gespendet – und dahin fließt das Geld

Mehr als 450 000 Menschen haben den IG Metall-Fragebogen „Deine Stimme für ein Gutes Leben“ ausgefüllt. Die Gewerkschaft will aber nicht nur über Gutes Leben reden, sondern auch Gutes tun: Für jeden ausgefüllten Fragebogen spendet sie einen Euro für soziale Zwecke. Wem kommt das Geld zugute? Hier sieben Beispiele.

Insgesamt 22 520 Euro spendete die IG Metall Ingolstadt. Den Löwenanteil – 18 320 Euro – erhielt der Verein „Pro Beschäftigung“ (Foto). Der Rest, immerhin 4200 Euro, ging an die „Lebenshilfe“ (Behinderten-Werkstatt), den Förderkreis krebserkrankte Kinder, das Kinderdorf Mariastein und die Straßenambulanz St. Franziskus.



Foto: Peter Skodavessely



Foto: Athanasios Melissis

Die IG Metall Nordhessen in Kassel verteilte ihre 8600-Euro-Spende an vier Empfänger: 6000 Euro erhielt das Straßenkinderprojekt „A chance to play“ des VW-Betriebsrats und der Kinderhilfsorganisation „terre des hommes“ in Südafrika (Foto). 1000 Euro gingen an den Verein „Hilfe für Kinder und Erwachsene im Krankenhaus“ und je 800 Euro an die Werkstatt für junge Menschen Eschwege und das Lebenshilfe-Werk Kreis Waldeck-Frankenberg.



Foto: Blaz Skorniscek

Die IG Metall Berlin drittete ihr Spendenaufkommen von 6828 Euro und verteilte es an den Verein „KARUNA – Zukunft für Kinder und Jugendliche in Not“ (Foto), an das Mädchen-Kultur-Treff Dünja des Vereins „Moabiter Ratschlag“ und an den Verein „Programm Klasse 2000“, eine Initiative zur Gesundheitsförderung, Gewalt- und Suchtvorbeugung in der Grundschule.

Die IG Metall Hamburg stockte ihre Spende um ein paar Euro auf 4800 Euro auf und teilte sie durch acht: Je 600 Euro erhielten das „Café mit Herz“ (Armen-Treffpunkt in Hafennähe), „Das Löwenhaus“ (Anlaufstelle für Kinder, ein Pro-



jekt des Arbeiter-Samariter-Bundes), die Obdachlosentagesstätte „Mahlzeit“, das Diakonische Werk für seinen Mitternachtsbus für Obdachlose, die „Hamburger Tafel“, das Kinderhospiz „Sternbrücke“, das Kinder- und Jugendwerk „Die Arche“ und das Waldpiraten-Camp der Kinderkrebisstiftung. Der letztgenannte Empfänger bekam zusätzlich 300 Euro – das Geschenk eines Preisträgers der IG Metall-Aktion „Mitglieder werben Mitglieder“.

Die IG Metall Hannover spendete je 1035,50



Foto: Karin Pöweler

Euro an die Schülerversammlung der Otto-Brenner-Berufsschule, die Straßenzeitung „Asphalt-Magazin“, die „Baringhäuser Tafel“ und den Kinderschutzbund.

Die IG Metall Heilbronn-Neckarsulm stockte ihre Spende um rund 1000 auf 12 000 Euro auf –

und verteilte sie zu gleichen Teilen an sechs Empfänger: Je 2000 Euro gingen an den Verein „Der Fels – Mensch hilft Mensch“, an drei Schulen für Behinderte, zum Beispiel die Lindenschule (Foto), an den Kinderschutzbund sowie an das DRK und die Freiwillige Feuerwehr in Neudenu – für ein gemeinsames Rettungsgerät.



Foto: Rüdiger Luz

9099 Euro brachte die IG Metall Düsseldorf-Neuss auf. Je 2000 Euro gingen an die „Düsseldorfer Tafel“, die „Neusser Tafel“ (Foto) und das Kinderhospiz „Regenbogenland“; die übrigen 3099 Euro flossen an das Armen-Restaurant „grenzenlos“, eine Kinderklinik, eine Betriebs-sportgruppe und einen Kindergarten.



Foto: Wilbert Gregor

„Was ändern Sie nach der Bundestagswahl?“

Metaller fragen, Kandidaten antworten

„Ich überlege, Sie zu wählen... Wie werden Sie Politik machen?“ E-Cards mit diesem Text können von www.gutes-leben.de aus an die Bundestagskandidatinnen und -kandidaten von SPD, CDU/CSU, Die Linke, Bündnis 90/Die Grünen und FDP verschickt werden.

Hier fünf Antworten: **Gregor Amann, 47, SPD** (Wahlkreis Frankfurt/Main I) unterstützt nach eigenen Angaben „fast alle Forderungen der ‚Gutes-Leben‘-Kampagne der IG Metall“, nur eine nicht – die Anhebung des Rentenalters auf 67 Jahre werde „nicht mehr rückgängig gemacht werden“, schreibt er.

Volkmar Klein, 49, CDU (Siegen-Wittgenstein) will „für möglichst viel Rückkopplung sorgen“, spricht die Menschen „auffordern und einladen, sich zu äußern“. Als Landtagsabgeordneter tut er das bereits, Klein hält per Infoblatt Kontakt zum Wahlkreis.

Richard Pitterle, 50, Die Linke (Sindelfingen) verspricht, sich im Bundestag für mehr Mitbestimmung einzusetzen. Betriebsräte sollten auch über die Schließung eines Betriebs mit-

entscheiden können, nicht nur über die Höhe des Sozialplans.

Anne Klatt, 26, Bündnis 90/Die Grünen (Greifswald-Demmin-Ostvorpommern), die sich in ihrer Mailadresse „kleinrote-oekohexe“ nennt, ist „eine Freundin des bedingungslosen Grundeinkommens“, für einen Mindestlohn und für eine ressourcenschonende Dienstleistungsgesellschaft – „und deshalb dürfen wir nicht Opel & Co künstlich am Leben erhalten“.



Philipp Irmischer, 21, FDP (Bayreuth) versichert, „dass ich nicht vorhabe, das Betriebsverfassungsgesetz oder den Kündigungsschutz stark aufzuweichen“. Irmischer scheint das Wahlprogramm seiner Partei nicht zu kennen. Danach soll's weniger Betriebsräte geben, nämlich erst in Unternehmen ab 20 Beschäftigten (bisher 5), und der Kündigungsschutz soll erst in Firmen ab 20 Beschäftigten (bisher 10) gelten.



Karikatur: Thomas Pfaffmann
IMPRESSUM: Vi.S.d.P.: Detlef Wetzel, Zweiter Vorsitzender der IG Metall | Kontakt: IG Metall-Vorstand, Wilhelm-Leuschner-Straße 79, 60329 Frankfurt | Konzept & Redaktion: Norbert Hüsson | Gestaltung/Layout: Stephen Petrat | www.schwingkopf.com | Druck, Vertrieb: APM AG, Darmstadt

Streifzüge

Was Schriftsteller und Philosophen über „Gutes Leben“ denken.

- „Es gibt nichts Gutes außer: Man tut es.“
Erich Kästner, 1899 – 1974, Schriftsteller
„Alles wirkliche Leben ist Begegnung.“
Martin Buber, 1873 – 1965, Philosoph
„Lebe, wie du, wenn du stirbst, wünschen wirst, gelebt zu haben.“
Christian Fürchtegott Gellert, 1715 – 1769, Schriftsteller

- „Wer sich zum Wurm macht, kann nachher nicht klagen, wenn er mit Füßen getreten wird.“
Immanuel Kant, 1724 – 1804, Philosoph
„Wir verlangen, das Leben müsse einen Sinn haben – aber es hat nur ganz genau so viel Sinn, als wir selber ihm zu geben imstande sind.“
Hermann Hesse, 1877 – 1962, Schriftsteller
„Es gibt ein Leben vor dem Tod.“
Wolf Biermann, 72, Liedermacher
„Wer nicht genießt, wird ungenießbar.“
Konstantin Wecker, 62, Liedermacher

Das Wissensrätsel

Antworten und Preise gewinnen. Welche Partei fordert was?

- 1. Altersteilzeit abschaffen**
a) CDU/CSU b) SPD c) FDP d) Die Linke e) B 90/Die Grünen
- 2. Renteneintrittsalter auf 67 Jahre anheben**
a) CDU/CSU b) SPD c) FDP d) Die Linke e) B 90/Die Grünen
- 3. Kein Mindestlohn**
a) CDU/CSU b) SPD c) FDP d) Die Linke e) B 90/Die Grünen
- 4. Abschaffung von Hartz 4**
a) CDU/CSU b) SPD c) FDP d) Die Linke e) B 90/Die Grünen
- 5. Frauenquote von 50 Prozent in Aufsichtsräten**
a) CDU/CSU b) SPD c) FDP d) Die Linke e) B 90/Die Grünen

Hier mitmachen: www.gutes-leben.de/gewinn
Kleiner Tipp: Jede Partei ist mit einer Forderung vertreten.
Die Gewinner von Ausgabe 02 finden Sie im Internet.

Jetzt sofort mobil mitspielen:



Unter allen richtigen Lösungen verlosen wir diese Preise:
1. Preis: Multimedia-Laptop, 15“
2. Preis: LCD-Plasma TV und DVD-Player
3. Preis: Smartphone Handy
4. – 50. Preis: Mini-Laptop Maus
Näheres zu den Preisen unter:
www.gutes-leben.de/gewinn